

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Ralf Niedmers, Richard Seelmaecker,
Andreas Grutzeck, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/2671

**Betr.: Die gesamte Metropolregion im Blick – Studie zur Entwicklung des
Wohnverhaltens auf Hamburger Umland ausdehnen**

Hamburg ist traditionell eng mit seinem Umland in Niedersachsen und Schleswig-Holstein verbunden. Egal ob Berufspendler, Ausflügler, Gütertransporte oder Sportaktivitäten: Starre Stadtgrenzen spielen im Alltag der Menschen kaum eine Rolle. Gleiches gilt auch für die Wohnungssuche – schon jetzt deutet sich an, dass zukünftig mehr Menschen statt in den stark verdichteten Stadtvierteln im Hamburger Umland wohnen möchten – mit mehr Platz für Kinder und Homeoffice, mehr Grün und weniger Verkehr und Hektik. Veränderte Arbeitsbedingungen und geänderte Gewohnheiten in der individuellen Mobilität können diese Entwicklung noch verstärken.

Die geplante Studie zum Wohnverhalten sollte sich daher schon jetzt nicht nur auf das Hamburger Stadtgebiet beschränken, sondern gemeinsam mit den zuständigen Stellen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein auf die an Hamburg angrenzenden Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte ausgeweitet werden. Denn falls sich der erwartete Trend zum „Raus aus der Stadt“ bewahrheitet, würden die umliegenden Städte und Gemeinden dies als erste bemerken und gegebenenfalls auch dort Handlungsbedarf auslösen. Die Partner in der Metropolregion erst in der Evaluationsphase zu beteiligen, ist zu spät. Eine Ausweitung des Fokus der Untersuchung zu Wohnverhalten und Wohnformen würde die realen Bedarfe auf dem gemeinsamen Wohnungsmarkt in und um Hamburg deutlich besser abbilden.

Die Bürgerschaft möge daher zusätzlich zum Petitum aus Drs. 22/2671 Folgendes beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

die angestrebte wissenschaftliche Studie zur Entwicklung des Wohnverhaltens und von Wohnformen zusammen mit den zuständigen Stellen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein für Hamburg sowie die angrenzenden Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte als gemeinsamen Betrachtungsraum zu beauftragen.